



## **Geschichtlicher Abriss der europäischen Integration**

*Stephan Heidbrink*

Die europäische Integration seit den 1950er Jahren ist ein komplexer Prozess, der sich grob in vier Phasen unterteilen lässt:<sup>1</sup> Eine Gründungsphase zwischen 1947 und Mitte der 1950er Jahre, eine Konsolidierungsphase bis zum Beginn der 70er, Krisen- bzw. Stagnationserscheinungen ab 1973, und seit Mitte der 1980er Jahre erleben wir einen neuen Integrationsschub. Die europäische Integration schreitet als ein Prozess ständiger Krisenbewältigung voran, in dem beständig zwischen den ökonomischen Interessen (der Nationalstaaten) einerseits und dem Ringen um politische Positionen andererseits vermittelt wird.<sup>2</sup> Die Idee eines geeinten Europas ist allerdings wesentlich älter. Seit der Herausbildung des modernen Staatensystems gab es verschiedene Initiativen, die auf die Überwindung der zwischenstaatlichen anarchischen Beziehungen zielten. Die meisten blieben jedoch ziemlich wirklichkeitsfern und ohne politische Durchschlagskraft.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wuchs die Hoffnung, durch ein föderales Europa die imperialistische Logik des zwischenstaatlichen Systems zu untergraben. Diese Hoffnung stützte sich auf eine weitgehend offene geschichtliche Konstellation: Die wirtschaftliche Situation war verheerend und politisch waren die herrschenden Klassen und mit

ihnen »ihr« Nationalstaat weitgehend diskreditiert. Die Einbuße der weltpolitischen Bedeutung der westeuropäischen Mächte, die sich nicht zuletzt in der Zunahme und den Erfolgen der antikolonialen Befreiungsbewegungen verdeutlichte, führte zu einer kurzen Hochphase der föderalistischen Ideen. Doch der Krieg hatte eine neue Weltkarte gezeichnet: Wirtschaftlich, politisch und militärisch waren die Vereinigten Staaten die unangefochtene Supermacht, auch wenn sich bereits die Blockkonfrontation abzeichnete. Diese globale Konstellation wirkte sich natürlich auch auf den Prozess der europäischen Integration aus: Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation in Europa – einem dramatischen Rückgang der Produktionskapazitäten, dem nahezu vollständigen Zusammenbruch des innereuropäischen Handels und großen Beschäftigungsproblemen – waren die westeuropäischen Staaten auf die Hilfe der Vereinigten Staaten angewiesen. Die USA gewährten diese bereitwillig, denn einerseits befanden sie sich in einer wirtschaftlichen Rezession, die aus der Umstellung von Kriegsproduktion auf eine zi-

vile Wirtschaft resultierte und für deren Überwindung Europa in die Lage versetzt werden musste, Exporte aus Amerika finanzieren zu können.<sup>3</sup> Andererseits ermöglichten die Hilfen eine erhebliche Einflussnahme auf den Verlauf der europäischen Integration. Insbesondere die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Anbindung an die Vereinigten Staaten, die Abwehr und Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses sowie die Möglichkeit, die deutsche Spaltung festzuschreiben, standen dabei im Vordergrund.

### 1. Die Gründungsphase 1947-1957

Um die Nachkriegsrezession zu überwinden, zielte die amerikanische Wirtschaftsstrategie auf die Wiederherstellung des zerstörten Weltmarktes und damit einhergehend auf die Ausweitung amerikanischer Exporte nach Europa. Die Ausweitung von Exportmöglichkeiten für die wettbewerbsfähigste und fortgeschrittenste Ökonomie bestand im Wesentlichen in der Schaffung von Rahmenbedingungen, unter denen der Freihandel zugunsten der USA prosperieren würde.

Nachdem der erste Versuch, in Form der International Trade Organisation (ITO) eine Welthandelsordnung zu begründen, gescheitert war,<sup>4</sup> gelang 1947 die Einrichtung des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT). Dieses Vertragswerk hatte nicht mehr die Form einer internationalen Organisation. Bei der Ausgestaltung der Welthandelsordnung setzten sich die wirtschaftspolitisch liberalen Vorstellungen der Vereinigten Staaten gegenüber den eher interventionistischen Konzepten der durch gefährliche Devisenknappheit und schwere Beschäftigungsprobleme gekennzeichneten westeuropäischen Staaten durch.

Vor diesem Hintergrund wurde das Jahr 1947 zum eigentlichen Wendepunkt der amerikanischen Europapolitik.<sup>5</sup> Die doppelte Anforderung an die amerikanische Hegemonialstrategie bestand in der Herstellung eines eigenständigen nicht-protektionistischen westeuropäischen Wirtschaftsraumes auf der einen und dem Aufbau einer rüstungsindustriellen und militärischen Basis bei gleichzeitiger subalternen Einbindung in den antikommunistischen Westblock auf der anderen Seite. Die Truman-Doktrin markierte zeitgleich den endgültigen Beginn des Ost-West-Konflikts und somit die zunehmende geostrategische Bedeutung Europas. Allerdings hatte die bisherige Hilfestellung der USA für Europa durch kurzfristige Kredite nicht zu einer wirtschaftlichen Wiederbelebung geführt. In dieser schwierigen Konstellation, vermittelt über die spezifischen Kräfteverhältnisse in den USA, stellte der US-Außenminister George C. Marshall ein neues, von den reinen liberalen Prinzipien abweichendes

Wiederaufbauprogramm vor: das European Recovery Program (ERP), besser bekannt als »Marshallplan«.

Ein Großteil der Gelder wurde entlang der strategischen Zielsetzungen des Programms (Erneuerung der Infrastruktur, drastische Erhöhung der Produktion v.a. in den Schlüsselsektoren Kohle und Stahl, ausgleichende Streuung der Schwerindustrie, Aufbau von Institutionen zur Sicherung finanzieller und monetärer Stabilität, Rationalisierung in der Landwirtschaft und im verarbeitenden Gewerbe) in Bereiche mit (auch) militärischer Bedeutung investiert.<sup>6</sup>

Koordiniert wurden die Vergaben der Marshallplan-Hilfen von der Economic Cooperation Administration (ECA). Die Hilfen waren allerdings an die Bedingung geknüpft, dass die europäischen Staaten den Handel untereinander liberalisierten.

Mit der Verkündung der Containment-Politik durch die Truman-Administration 1947, also den Eindämmungsbestrebungen gegenüber der Sowjetunion, trat erstens die Frage nach der Einbindung der deutschen Ressourcen in den Westblock in den Vordergrund und zweitens die Frage, wie die positiven Effekte der US-Wirtschaftshilfen maximiert werden konnten. Während also die Ziele der europäischen Integration in dem doppelten Anspruch von Wiederherstellung einer liberalen Weltwirtschaftsordnung einerseits und der sicherheitspolitischen Einbindung Westeuropas in den antikommunistischen Westblock andererseits bestanden, erwies sich der Weg des »sanften Drucks« (Knüpfung von Bedingungen an Hilfeleistungen) und die Unterstützung von »europäischen« Politikern als das effektivste Mittel. Dieser »transatlantische Elitenpakt« wurde auf europäischer Seite z.B. von Jean Monnet verkörpert.

Damit waren wichtige Weichenstellungen und Voraussetzungen für die Herstellung einer ökonomischen Basis für die europäische Integration gegeben:

► Die Regierungen der Benelux-Staaten (Niederlande, Belgien und Luxemburg) beschlossen bereits 1944 im Londoner Exil die Einrichtung einer – 1948 verwirklichten – Zollunion mit dem Ziel einer umfassenden Wirtschaftsunion. Gleichzeitig hatten sie, vor dem Hintergrund des Krieges, ein bedeutendes Interesse an einem kollektiven militärischen Schutzbündnis.

► Frankreichs Stellung als Weltmacht war durch den Krieg, die Niederlage und die andauernde Herausforderung, insbesondere in Indochina, brüchig geworden. Dies führte, in Verbindung mit schweren wirtschaftlichen Problemen und dem Interesse an der Lösung des »Problems Deutschland«, dazu, dass Frankreich zur entscheidenden Triebkraft im Integrationsprozess wurde.<sup>7</sup>

► Die 1949 gegründete Bundesrepublik Deutschland zielte durch die Westintegration auf eine gleichberechtigte Stellung im »Konzert« der westeuropäischen Staaten, um über diesen Umweg die Souveränität zurückzugewinnen.

► Großbritannien bemühte sich intensiv um die Herstellung von Bedingungen für eine wirtschaftliche Erholung Westeuropas und um ein Bündnis kollektiver Verteidigung. Die grundsätzliche Ablehnung der Abtretung nationalstaatlicher Kompetenzen zugunsten supranationaler Institutionen ließ Großbritannien in die Blockierrolle gegenüber den französischen Vorstößen (OEEC, Europarat, EGKS) treten.

► In der öffentlichen Meinung gab es starke Präferenzen für ein föderales Europa, dessen Kern der Europarat (1948/49) bilden sollte. Die Konzeption eines Europa der »dritten Kraft« zwischen US-Kapitalismus und sowjetischem Kommunismus hatte insbesondere in der starken linken Fraktion der Europa-Bewegung viele Befürworter. Das föderale Integrationsprojekt scheiterte letztlich an der verhinderten Erweiterung des Europarates.

Die pro-europäische Dynamik wurde zunehmend durch die Regierungen vereinnahmt und verdrängt. Es setzte sich die »funktionale« gegen die »föderalistische« Integration durch, also eine Integration, die auf Marktschaffung anstelle von Marktkorrektur setzte. Darauf ließ die Europa-Euphorie der westeuropäischen Linken rasch nach und wich dem Kampf gegen ein »Europa des Kapitals«.

Nachdem die kollektive Sicherheitsordnung durch die Etablierung der NATO (1949) begründet worden war, zielte die europäische Integration vor allem auf die Modernisierung der westeuropäischen Ökonomien. Der erste Schritt bestand in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951, deren Konzept wesentlich unter Jean Monnet entwickelt worden war und sich im Schumanplan (1950) niederschlug. Auf der Grundlage dieses Planes wurde der EGKS-Vertrag nach komplizierten Aushandlungsprozessen von den Regierungen der BRD, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten unterzeichnet. Er reflektiert das Interesse an einer Modernisierung der europäischen Schwerindustrie im Allgemeinen und an der Kontrolle der westdeutschen Schwerindustrie im Besonderen. Diese Montanunion zielte auf den Abbau zwischenstaatlicher Wirtschaftsschranken und damit die Realisierung eines Binnenmarktes.<sup>8</sup>

Als sich die weltpolitische Lage durch den Koreakrieg (1950) verschärfte, wuchs die Bedeutung eines militärisch starken Europas in der Systemkonkurrenz. Die Truman-Administration beschloss, die

Verstärkung ihres militärischen Engagements in Europa mit der Aufstellung deutscher Truppen zu verbinden. Der BRD bot sich somit die Möglichkeit zum Aufstieg ohne supranationale Einbindung. Gegen die Gefahr der Isolation und des erneuten Aufstiegs Deutschlands forcierte die französische Regierung die Ausdehnung der europäischen Integration auf den militärischen Bereich. Die ursprünglich von Konrad Adenauer stammende Idee einer europäischen Armee wurde von René Pleven, dem französischen Premierminister, aufgegriffen und im Pleven-Plan ausformuliert.<sup>9</sup> Der Widerspruch zwischen dem französischen Sicherheitsverlangen und der deutschen Forderung nach Gleichberechtigung fand seine Lösung in einer Kompromissformel: die Aufstellung und Integration deutscher Streitkräfte in die NATO über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG), die 1952 gegründet wurde. Mit diesem späten Erfolg des Pleven-Plans stellte sich die Frage, welcher politischen Autorität die Europa-Armee zugeordnet werden sollte.

Das Projekt der Europäischen Politischen Gemeinschaft (EPG) wurde 1952 von den sechs Außenministern der Montanunion in Auftrag gegeben. Die erweiterte Versammlung des Rates der EGKS sollte die Verfassung der EPG ausarbeiten. Die angestrebte Verbindung der EGKS und der Verteidigungsgemeinschaft durch eine gemeinsame konstitutionelle Grundlage wurde nach harten Auseinandersetzungen innerhalb Frankreichs und zwischen den verschiedenen Staaten (insbesondere zwischen den Niederlanden und Frankreich) auf die Zeit nach der Ratifizierung der EVG verschoben. Doch gerade die Europäisierung der französischen Streitkräfte geriet innerhalb Frankreichs immer stärker unter Druck. Nachdem bereits die Mitgliedstaaten der Montanunion 1953 nicht zu einer Einigung über den Souveränitätsverzicht gekommen waren, lehnte die französische Nationalversammlung 1954 die EVG ab.<sup>10</sup> Damit entfiel die Grundlage für eine Europäische Politische Gemeinschaft.

Das Scheitern der EVG ließ bei den außenpolitischen Eliten die Gefahr des Scheiterns der westlichen Sicherheitsgemeinschaft virulent werden. So fanden sich alle Verhandlungspartner zu Zugeständnissen bereit. Frankreich akzeptierte den direkten Beitritt der Bundesrepublik zur NATO. Die BRD unter Adenauer akzeptierte ein Saar-Statut, das die wirtschaftliche Bindung an Frankreich festschrieb. Der Brüsseler Pakt, der 1948 von England, Frankreich und den Benelux-Staaten gegründet worden war, wurde durch den Beitritt Deutschlands und Italiens 1954 zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert und erhielt

Zugeständnisse von Großbritannien und den USA. Unter dem Strich jedoch war das politisch integrierte Europa gescheitert, und die folgenden Integrationsprojekte verlegten sich auf eine funktionalistische Integrationsmethode. (Tabelle 1)

**Tabelle 1****Wichtige Initiativen und Integrationschritte während der Gründungsphase**

1947	1948	1950-58	1951	1954
European Recovery Program (ERP; Marshallplan) (OEEC)	Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit	Europäische Zahlungsunion (EZU)	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)	Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft

## 2. Die Konsolidierungsphase 1957-1973

Das Scheitern des politischen Projektes einer gemeinsamen westeuropäischen Verteidigung förderte die Konzentration auf die »negative Integration«, also auf Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Zwei Projekte befruchteten sich dabei gegenseitig: Einerseits das Interesse an der Nutzung der Kernenergie, von der man sich (besonders in Frankreich) eine Schlüsselrolle in der wirtschaftlichen Entwicklung versprach, und andererseits die Schaffung eines gemeinsamen Marktes (das Projekt der Benelux-Staaten).<sup>11</sup> Beide Projekte wurden in einer »Paketlösung« verhandelt (Spaak-Bericht 1956), die Aussicht auf einen gemeinsamen Markt sollte die Niederländer und Deutschen<sup>12</sup> überzeugen, an einer europäischen Atomgemeinschaft mitzuwirken, und umgekehrt sollte die Atomgemeinschaft die französischen Vorbehalte gegenüber der Wirtschaftsgemeinschaft abbauen. Die Römischen Verträge wurden 1957 unterzeichnet. Die beiden Verträge zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)<sup>13</sup> und zur Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom) bilden gemeinsam mit dem EGKS-Vertrag und dem Vertrag von Maastricht (1991) die vier Gründungsverträge der Europäischen Union.

Trotz des Vorrangs der »negativen Integration« ist der Integrationsprozess während der Konsolidierungsphase geprägt von einem »eingebetteten Liberalismus«. Dieser Begriff, der eigentlich die globale Entwicklungsdynamik dieser Epoche (Mitte der 1950er bis Anfang der 1970er Jahre) bezeichnet, soll anzeigen, dass die wirtschaftlichen Liberalisierungsprozesse deutlich gebremst und kontrollierter voranschritten:

► Die Architektur der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sollte dem freien Warenhandel dienen. Daher wurde der (kurzfristige) Kapitalverkehr innerhalb des Bretton Woods-Systems politisch weitgehend kontrolliert, und die Handelsliberalisierung erstreckte sich nicht auf Felder wie z.B. Dienstleistungen.

► Die starke Stellung der Linksparteien und der Gewerkschaften erzwang zudem eine wohlfahrtsstaatliche Politik, die den Kapitalismus gewissermaßen

zähmen sollte. Das zeigt sich z.B. an dem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme oder der Ausweitung staatlicher Eingriffe in dieser Zeit.

Diese beiden Aspekte der »Einbettung« wurden über die europäische Integration gefördert. Parallel zur Zollunion, die mit der EWG installiert wurde und die über die Liberalisierungen im GATT hinausging, wurden auch Momente der Umverteilung und der Rechtsangleichung gegen die Wettbewerbslogik in Stellung gebracht. Grundsätzlich wurden mit der europäischen Integration die wohlfahrtsstaatlichen Modelle der Mitgliedstaaten zusätzlich abgesichert statt geschwächt.

Generell verlief die Politik in Westeuropa während dieses Zeitraums als ein »Tauschgeschäft«, in dem mitunter äußerst hart verhandelt wurde. Das zentrale Feld der europäischen Politik war die Verwirklichung der Zollunion, die (früher als vorgesehen) 1968 für industrielle und gewerbliche Produkte und 1970 für landwirtschaftliche Produkte abgeschlossen wurde. 1969/70 wurden mit den GATT-Staaten und den COMECON-Ländern gemeinsame Grundsatzbedingungen für den Handel festgelegt. Die Außenhandelspolitik fällt in den Kompetenzbereich der EG, somit dürfen nationale handelspolitische Maßnahmen nur mit der Ermächtigung durch die Europäische Gemeinschaft getroffen werden. Alles in allem verlief die europäische Integration sehr dynamisch:

► Nach der Vollendung der Zollunion wurde 1969 von den Staats- und Regierungschefs die Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) beschlossen. Der Werner-Plan zielte auf die Vollendung des »gemeinsamen Marktes«, der trotz der gemeinsamen Zölle noch weitgehend fragmentiert war.

► 1970 konnten sich die Mitgliedstaaten auf eine stärkere Abstimmung der nationalen Außenpolitiken im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) verständigen.

► 1972 wurde die Forderung des Pariser Gipfels nach einem sozialpolitischen Aufbruch in ein erstes sozialpolitisches Aktionsprogramm eingebracht.

► Ebenfalls 1972 wurden nach Beitrittsverhandlungen Großbritannien, Irland und Dänemark in die EG aufgenommen.

### 3. Krisen- und Stagnationsphase 1973-1985

Die Stagnation der europäischen Integration ab ca. 1973 korrespondierte mit den weltwirtschaftlichen Krisenerscheinungen, die im Gefolge der Rezession von 1973/74 die mangelnde Übereinstimmung der nationalen wirtschaftspolitischen Orientierungen in den Vordergrund rückten. Die unterschiedlichen nationalen Strategien, die Krise zu überwinden (z.B. Inflationsbekämpfung vs. Exportförderung), und der vermehrte Einsatz von nicht-tarifären Handelshemmnissen (z.B. Subventionen, um Unternehmen konkurrenzfähig zu halten) setzte vielen Ambitionen ein vorläufiges Ende:

► Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) scheiterte an der Unfähigkeit verschiedener EG-Staaten, die festgelegten Wechselkurse einzuhalten.

► Das sozialpolitische Aktionsprogramm konnte nur äußerst begrenzt umgesetzt werden. Die anspruchsvollen Richtlinien wurden nicht erreicht.

Die globalen Erosionserscheinungen verdichteten sich in der Beendigung des »eingebetteten Liberalismus« durch die Vereinigten Staaten, als diese das Bretton Woods-System aufkündigten.<sup>14</sup> Die Wirtschaftskrise erschwerte die Aufrechterhaltung von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und untergrub die politischen Kompromisse, die ihn getragen hatten. Die europäische Integration, die bislang auf die Erweiterung der nationalstaatlichen Handlungsräume gezielt hatte, wurde davon zunehmend betroffen. Das heißt nicht, dass keine Schritte hin zu einer tieferen Integration mehr unternommen wurden:

► Der EG-Haushalt wurde mit eigenen Einnahmen ausgestattet.

► Die Forschungs- und Technologiepolitik sowie die Regional- und Umweltpolitik wurden sukzessive zu wichtigen Politikfeldern.

► 1979 wurde das Europäische Währungssystem (EWS) als Einrichtung innereuropäischer Solidarität

zur gemeinschaftlichen Absicherung der Wechselkurse ins Leben gerufen.<sup>15</sup>

► Ebenfalls 1979 fanden die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt.

► Der Europäische Rat (regelmäßige Treffen der Staats- und Regierungschefs) wurde eingerichtet.

Dennoch begann sich in dieser Periode der Charakter der europäischen Integration zu ändern.<sup>16</sup> Insbesondere (und das ist nicht ohne Ironie) das EWS entpuppte sich als Hebel zur neoliberalen Formierung Europas.<sup>17</sup> Die deutsche Bundesbank konterkarierte die Funktionsweise des EWS durch gegenläufige Maßnahmen und übte so einen starken Anpassungsdruck auf die Zentralbanken und Regierungen der Mitgliedstaaten zugunsten einer monetaristischen Politik, insbesondere eines strikten haushaltspolitischen Sparkurses, aus (Euromonetarismus<sup>18</sup>). Unter den veränderten Bedingungen der Weltökonomie (vor allem nach der Liberalisierung des Kapitalverkehrs im Rahmen des Abschieds von Bretton Woods) setzte sich die Überzeugung durch, dass linkskeynesianische Strategien am Ende seien. Gleichzeitig entdeckten die großen transnationalen Konzerne in Westeuropa die europäische Ebene zunehmend als einen wichtigen Hebel, um ihren Einfluss geltend zu machen. In der Folge sollte insbesondere der neugegründete European Round Table of Industrialists (ERT) wegen seines privilegierten Zugangs etwa zur Kommission eine wichtige Rolle spielen (s.u.). Die veränderten gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse schlugen sich zu Beginn der 1980er Jahre in den Regierungswechseln zugunsten liberal-konservativer Kräfte in fast allen westeuropäischen Staaten nieder. Bereits 1979 hatte Margaret Thatcher das Amt der Premierministerin in Großbritannien übernommen. Im Zuge des politischen Richtungswechsels in Europa und der »Zwänge«, die über das EWS wirksam wurden, glichen sich die wirtschaftspolitischen Orientierungen der Mitgliedstaaten zunehmend an.

**Tabelle 2**

#### Erweiterungen der EG/EU

1958	Gründung der EWG durch die BRD, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Italien
1972	Großbritannien, Irland, Dänemark
Anfang der 1980er Jahre	Griechenland (1981), Spanien, Portugal (1986) (Süderweiterung)
1995	Finnland, Schweden, Österreich
2004	Lettland, Litauen, Estland, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta, Zypern
Voraussichtlich 2007	Bulgarien, Rumänien

### 4. Der neue Integrationsschub seit 1985

Vor diesem Hintergrund lautete die vorherrschende Problem- und Krisendiagnose, dass Wettbewerb und Marktkräfte in Europa durch zu hohe wohlfahrtsstaatliche Leistungen und zu stark regulierte Arbeitsmärkte gehemmt seien (Eurosklерose). Dementsprechend wurde die Überwindung der »Eurosklерose« durch den Abbau von Markt- und Wettbewerbsbarrieren, kurz, ein wirklich integrierter Binnenmarkt angestrebt, um die EG in der Weltmarktkonkurrenz zu stärken. Das Weißbuch zum EG-Binnenmarkt (1985)<sup>19</sup> und die erste größere Überarbeitung des EWG-Vertrages, die Einheitliche Europäische Akte (EEA), gaben die Rich-

tung vor.<sup>20</sup> Der »neue Elitenpakt«<sup>21</sup> zwischen organisierten transnationalen Konzernen und Teilen der EU-Bürokratie drückte dem Weißbuch und damit dem Binnenmarktprojekt seinen Stempel auf: Wesentliche Teile des Buches gehen auf Vorschläge des ERT zurück.<sup>22</sup> Das Binnenmarktprojekt zielte auf die Förderung von Deregulierungs-, Flexibilisierungs- und Privatisierungspolitik (Neoliberalismus) in den Mitgliedstaaten und somit auf die Zerstörung der alten »gemischten Ökonomie«, die durch einen großen öffentlichen Sektor und umfangreiche wohlfahrtsstaatliche Regulierungen gekennzeichnet war.

Im Anschluss an das EG-Binnenmarktprojekt wurde wieder die Option einer Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) thematisiert. Beginnend mit dem Padoa-Schioppa-Bericht (1987) wurden bis zum Gipfel von Maastricht (Dezember 1991) die wesentlichen Grundzüge ausgehandelt und schließlich ein (euro)monetaristisches Konzept von Wirtschaftspolitik vertraglich festgeschrieben. Insbesondere die deutsche Position (und die der Bundesbank) setzte sich in mehreren Punkten durch: Die Stabilitätsorientierung erhielt Priorität; die Kosten für die Anpassung der Ökonomien wurden asymmetrisch verteilt; die Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken und noch stärker der (noch zu schaffenden) Europäischen Zentralbank sowie der Verbleib der demokratischen Legitimierungsfunktion bei den nationalen Parlamenten konnten erfolgreich verankert werden. Das sich daraus ergebende geld- und haushaltspolitische »Korsett« für die Nationalstaaten wurde schließlich 1997 im Stabilitäts- und Wachstumspakt (Amsterdamer Vertrag) zusätzlich vertraglich verankert.

Die Vertiefung der Markt- und Währungsintegration durch EG-Binnenmarkt und WWU bildet den Kern des neuen Integrationsschubs. Andere wichtige Entwicklungen, die die Markt- und Währungsintegration flankierten, waren:

- ▶ das sozialpolitische Aktionsprogramm von 1989
- ▶ die Stärkung des sozialen Dialogs im Vertrag von Maastricht
- ▶ die Aufnahme des Sozialprotokolls und der Beschäftigungsstrategie in die Vertragsrevision von Amsterdam
- ▶ die Verankerung der Umweltpolitik über die EEA und die Erleichterung derselben durch die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen in den 1990er Jahren

**Tabelle 3**

**Wichtige Initiativen und Integrationsschritte 1979 bis heute**

1979	Europäisches Währungssystem (EWS); Erstmalige Direktwahl des Europäischen Parlamentes (EP)	
1985	Weißbuch und Einheitliche Europäische Akte (EEA)	Herstellung des Binnenmarktes durch Deregulierung, Privatisierung, Flexibilisierung
1992	Wirtschafts- und Währungsunion (WWU; Maastrichter Vertrag)	Orientierung auf Währungsstabilität, Einrichtung einer unabhängigen Zentralbank (EZB), Einführung einer gemeinsamen Währung
1997	Amsterdamer Vertrag	Stabilitäts- und Wachstumspakt
2000	Vertrag von Nizza	Institutionelle Reformen (Neugewichtung der Stimmen im Rat der EU)

- ▶ eine mehrfache Aufstockung der Ausgaben für Struktur- und Regionalpolitik (Delors I; Delors II)
- ▶ der aktuelle Prozess der »Lissabon-Strategie« zur Angleichung und Koordinierung der nationalen »Reformen«.

Die Fragen nach einer »Politischen Union« zielen heute zumeist auf die Erhöhung der »Handlungsfähigkeit« der Europäischen Union. Die Politische Union war im Maastrichter Vertrag auf die beiden Bereiche der Justiz- und Innenpolitik (JuI) sowie die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingeeengt worden (das heißt, dass eine »Sozialunion« nicht eingeschlossen wurde). Die institutionellen Reformen wurden im Vertrag von Amsterdam verhandelt, und der im Nizza-Vertrag (2000) gefundene Kompromiss enthält, wie der vorläufige EU-Verfassungsvertrag, ebenfalls keine weitergehenden Demokratisierungsimpulse. (Tabelle 3)

Seit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – und festgeschrieben durch die großen Integrationsprojekte seit Mitte der 1980er Jahre (europäischer Binnenmarkt, Wirtschafts- und Währungsunion, Euro etc.) – ist dieses Projekt zentral durch die Ziel- und Zwecksetzung charakterisiert, die Wachstumsbedingungen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern. Im Rahmen der EU-Osterweiterung wird die Diskrepanz zwischen Markt- und Sozialintegration, deren Überwindung Jacques Delors noch bei der Implementierung des Binnenmarktprojektes gefordert hatte, weiter zunehmen.<sup>23</sup> Sollte es sich damit als richtig erweisen, dass die »Methode Jacques Delors« gescheitert ist,<sup>24</sup> bedarf die Einstellung zum Gesamtprojekt einer »kritischen Repolitisierung«.<sup>25</sup>

## Anmerkungen

<sup>1</sup> Vgl. Karrass, Anne/Schmidt, Ingo et al.: Europa: lieber sozial als neoliberal, AttacBasisTexte 11, Hamburg 2004.

<sup>2</sup> Vgl. Deppe, Frank (Hrsg.): Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration, Köln 1976, S. 73.

<sup>3</sup> In den ersten drei Nachkriegsjahren schrumpfte der Rüstungshaushalt von 80 auf 11,7 Milliarden Dollar. Die daraus resultierenden wirtschaftlichen Verwerfungen führten zu einer verbreiteten Angst davor, dass die Weltwirtschaftskrise »wiederauferstehen« könnte. Vgl. Barnet, Richard J.: Der amerikanische Rüstungswahn oder die Ökonomie des Todes, Hamburg 1971, S. 51.

<sup>4</sup> In diesem Vertragswerk sollten mit der so genannten Havanna-Charta auch sozialpolitische Aspekte abgedeckt werden.

<sup>5</sup> Vgl. Ziltener, Patrick: Strukturwandel der europäischen Integration. Die europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit, Münster 1999, S. 84ff.

<sup>6</sup> Neben den Finanzhilfen durch den Marshallplan existierte zusätzlich ein Military Assistance Program (MAP), das direkt auf die Wiederherstellung militärischer Kapazitäten zielte und hier insbesondere auch auf den Aufbau paramilitärischer Gruppen für geheime und/oder militärische Einsätze (wie z.B. in Griechenland).

<sup>7</sup> 1948 beschlossen Italien und Frankreich eine Zollunion. Die Verhandlungen von 1948/49, die zur Gründung des Europarates führten, und die Gespräche zwischen 1950 und 1955, die die Schaffung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) begründeten, wurden von Frankreich initialisiert.

<sup>8</sup> Im EGKS-Vertrag finden sich auch supranationale Elemente, wie die Hohe Behörde, die die Hoheitsrechte der Mitgliedstaaten im Bereich von Kohle und Stahl zusammenfasst und nach eigenem Recht ausübt. Während zu Beginn der 1950er Jahre die Förderung des Kohleabbaus eine entscheidende Rolle für die Energiesicherung Westeuropas spielte, verschob sich der Schwerpunkt mit der wachsenden Bedeutung des Erdöls zugunsten der Überlebenssicherung der westeuropäischen Kohleförderung.

<sup>9</sup> Selbst die Vereinigten Staaten unterstützten den Plevin-Plan.

<sup>10</sup> Johan Galtung sah 1973 den Grund für das Scheitern weniger im »Französischen Nationalismus« oder der unentschlossenen Haltung der Sozialisten als vielmehr in der mangelnden Tiefe der europäischen Integration und den (noch) zu übermächtigen USA. Vgl. Galtung, Johan: Kapitalistische Großmacht Europa oder die Gemeinschaft der Konzerne? Reinbeck 1973, S. 110.

<sup>11</sup> Im Landwirtschaftssektor spielten besonders die Interessen eines wachsenden Teils der französischen und der niederländischen Bauern an einem gemeinsamen Agrarmarkt mit Modernisierungsförderungen und Absatzgarantien eine wichtige Rolle.

<sup>12</sup> Westdeutschland hätte bei der Atompolitik lieber bilateral mit den USA zusammengearbeitet, die das Programm »Atoms for Peace« aufgelegt hatten.

<sup>13</sup> Mit dem EWG-Vertrag wurde auch eine parlamentarische Versammlung, bestehend aus Vertretern der nationalen Parlamente, geschaffen (das spätere Europäische Parlament), das allerdings weder Gesetzesinitiativen einleiten konnte noch über Budgetrechte verfügte. Der Ministerrat sollte das Machtzentrum darstellen. Die einzige wirklich supranationale Instanz – die Kommission – erhielt Initiativrecht.

<sup>14</sup> Die Aufkündigung der Umtauschbarkeit von Dollar in Gold (Goldbindung) wurde notwendig, nachdem diese Garantie durch die hohen Ausgaben für den Vietnamkrieg und das »Great Society Program« zunehmend unglaubwürdig geworden war.

<sup>15</sup> Vgl. Huffschnid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 1999, S. 140.

<sup>16</sup> Vgl. Ziltener 1999.

<sup>17</sup> Vgl. Huffschnid 1999, S. 140ff.

<sup>18</sup> Als »Euromonetarismus« lässt sich eine Politik definieren, die die monetäre Stabilität und die Relationen zwischen den nationalen Währungen zum wichtigsten Ziel erhebt und somit anderen Aspekten wie z.B. Wirtschafts- und/oder Beschäftigungswachstum nachordnet. Dieses ergibt sich – in der monetaristischen Lehre – angeblich spontan aus dem Wirken von Marktprozessen unter diesen Bedingungen.

<sup>19</sup> Allein im Weißbuch lassen sich 279 gesetzgeberische Maßnahmen zum Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse finden.

<sup>20</sup> Zentral in der EEA ist das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von nationalen Regulierungsstandards (gegenüber dem früheren EWG-Prinzip der Marktschaffung durch Harmonisierung) und die Einführung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen.

<sup>21</sup> Vgl. Ziltener 1999, S. 135.

<sup>22</sup> Vgl. Apeldoorn, Bastiaan van: Transnationale Klassen und europäisches Regieren, in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): Konfigurationen Europas, Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster 2000, S. 189-221.

<sup>23</sup> Vgl. Bohle, Dorothee: Europas neue Peripherie. Polens Transformation und transnationale Integration, Münster 2002.

<sup>24</sup> Vgl. Ziltener 1999, S. 180ff.

<sup>25</sup> Vgl. die Beiträge in Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.): »Eurokapitalismus« und globale politische Ökonomie, Hamburg 2003.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht Europa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 43-55).

Stephan Heidbrink ist Politikwissenschaftler und arbeitet bei der Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI) an der Philipps-Universität Marburg. Jüngste Veröffentlichung: »US-Hegemonie und europäische Integration – Die militärpolitischen Konfigurationen Europas im transatlantischen Spannungsfeld«, FEI-Arbeitspapier Nr. 25/2005.

**Wir fordern:**  
**Soziale Sicherheit statt**  
**militärische Großmachtpolitik!**



**Informationsstelle  
Militarisierung e.V.**

Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes „Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!“, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter [www.imi-online.de/EU-Projekt/](http://www.imi-online.de/EU-Projekt/)